

ALLGEMEINE MANDATSBEDINGUNGEN (AMB)

Stader Rechtsanwälte GbR

vertreten durch Lutz Stader, RA David Stader
Oskar-Jäger-Sr. 170
50825 Köln

Tel: 0221-1680-650
Fax: 0221-1680-6599
E-Mail: kanzlei@stader-law.de
URL: www.stader-law.de

I. Gegenstand der anwaltlichen Dienstleistung

Gegenstand dieses Vertrages ist die anwaltliche Tätigkeit im Rahmen und Umfang des im Einzelfall vereinbarten Mandatsauftrags durch die Rechtsanwälte der Stader Rechtsanwälte GbR (im Weiteren „die Kanzlei“).

Für das Mandatsverhältnis gelten die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie ergänzend die nachfolgenden Bedingungen.

Die Vertragssprache ist deutsch.

II. Pflichten des Rechtsanwalts

Die Rechtsanwälte der Kanzlei sind verpflichtet, das ihnen übertragene Mandat gewissenhaft zu führen und in angemessener Zeit zu bearbeiten. Sie haben den Mandanten über alle für den Fortgang der Sache wesentlichen Vorgänge und Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten. Dem Mandanten ist insbesondere von allen wesentlichen erhaltenen oder versandten Schriftstücken Kenntnis zu geben.

Die Kanzlei ist bei der Behandlung der ihr anvertrauten Vermögenswerte zu der erforderlichen Sorgfalt verpflichtet. Fremde Gelder sind unverzüglich an den Empfangsberechtigten weiterzuleiten oder auf ein Anderkonto einzuzahlen. Die Kanzlei hat zu diesem Zweck ein Anderkonto bei der Commerzbank eingerichtet.

III. Pflichten des Mandanten

Der Mandant ist verpflichtet, die Rechtsanwälte der Kanzlei wahrheitsgemäß und umfassend über den wesentlichen Sachverhalt des Mandatsauftrags zu informieren und alle für die Bearbeitung notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ebenso hat der Mandant die Rechtsanwälte der Kanzlei über wesentliche Änderungen im Sachverhalt umgehend zu informieren.

IV. Vertragsschluss

Ein Mandatsverhältnis entsteht weder durch die Kontaktaufnahme (Kontaktformulare auf der Internetseite, Telefon, Fax, E-Mail, persönlich in unserer Kanzlei), noch durch das Zusenden von Unterlagen, noch durch die Inanspruchnahme eines kostenlosen Erstberatungsgesprächs. Der Anwaltsvertrag kommt dadurch zustande, dass der Mandant der Kanzlei das von ihm unterzeichnete Vollmachtsformular im Original, als Kopie, per Telefax oder als Scan übersendet und die Kanzlei die Annahme des Mandats bestätigt.

Eine Bestätigung der Mandatsannahme liegt auch dann vor, wenn die Kanzlei dem Mandanten eine für ihn bestimmte Abschrift einer mandatsbezogenen schriftlichen Ausarbeitung (bspw. Brief, Schriftsatz, Vertrag) oder einen Entwurf dieser Ausarbeitung zusendet.

V. Vergütung

Die Vergütung der Kanzlei richtet sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), es sei denn, die Kanzlei und der Mandant schließen eine gesonderte schriftliche Vereinbarung über das Anwaltshonorar oder der Mandant legt einen Beratungshilfeschein vor oder dem Mandanten wird Prozesskostenhilfe unter Beordnung der Rechtsanwälte der Kanzlei bewilligt.

Die Gebühren nach dem RVG berechnen sich auf der Grundlage des Gegenstandswertes. Die Bestimmung des Gegenstandswertes in außergerichtlichen Angelegenheiten obliegt der Kanzlei unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der einschlägigen und vorherrschenden Rechtsprechung. Kann der Gegenstandswert in Ermangelung genügender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine Schätzung nicht bestimmt werden, ist der Gegenstandswert mit 5 000 Euro, nach Lage des Falles niedriger oder höher, jedoch nicht über 500 000 Euro zu bestimmen (sog. zivilrechtlicher Auffangstreitwert - § 23 Abs. 3 RVG).

In derselben Angelegenheit werden die Werte mehrerer Gegenstände zusammengerechnet.

Wird der für die Gerichtsgebühren maßgebende Wert gerichtlich festgesetzt, ist die Festsetzung auch für die Gebühren des Rechtsanwalts maßgebend.

Die Kanzlei wird in gerichtlichen Verfahren keine geringeren Gebühren und Auslagen vereinbaren oder fordern, als das RVG es vorsieht (§ 49b Abs. 1 RVG). Ebenso wird die Kanzlei keine Erlöshonorare vereinbaren (§ 49b Abs. 2 RVG).

Die Bestimmungen des RVG können auf der Internetseite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz eingesehen werden (<https://www.gesetze-im-internet.de/rvg/>).

VI. Vorschussanforderung

Die Kanzlei ist nach § 9 RVG berechtigt, von dem Mandanten für die entstandenen und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuss zu fordern.

Die Kanzlei kann die Aufnahme und Fortsetzung des Mandates von der Zahlung des Vorschusses abhängig machen.

VII. Berufsrechtliche Informationen

Für die Rechtsanwälte der Stader Rechtsanwälte GbR gelten die nachfolgenden gesetzlichen Berufsregeln für Rechtsanwälte, die im Bundesgesetzblatt veröffentlicht sind:

- Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA)
- Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)
- Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)
- Berufsrecht der RAe der Europäischen Union (CCBE)
- Fachanwaltsordnung (FAO)

Sie können auf der Webseite der Bundesrechtsanwaltskammer (www.brak.de/seiten/06.php) abgerufen werden.

Die gesetzlichen Berufsbezeichnungen "Rechtsanwalt bzw. Rechtsanwältin" sowie Fachanwaltsbezeichnungen wurden den Berufsträgern in der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

VIII. Aufsichtsbehörde

Die für die Rechtsanwälte der Stader Rechtsanwälte GbR zuständige Rechtsanwaltskammer und Aufsichtsbehörde ist die

Rechtsanwaltskammer Köln
Riehler Strasse 30
50668 Köln

Tel: 0221-97 30 10-0
Fax: 0221-97 30 10-50
E-Mail: kontakt@rak-koeln.de

IX. Keine Teilnahme an Streitschlichtungsverfahren

Die Plattform der EU zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung finden Sie hier: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>

Wir sind weder bereit noch verpflichtet, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

X. Haftung, Haftungsbeschränkung

Die Rechtsanwälte der Kanzlei sind zur Deckung der sich aus ihrer Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden gesetzlich verpflichtet, eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aufrechtzuerhalten (§ 51 BRAO). Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung der Rechtsanwälte der Kanzlei ist die R+V Allgemeine Versicherung AG, Voltastraße 84, 60486 Frankfurt a.M.

Der Anspruch des Mandanten aus dem zwischen ihm und der Kanzlei geschlossenen Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens wird nach § 51 Abs. 1 BRAO für Fälle einfacher Fahrlässigkeit auf 1 Mio. Euro für jeden Versicherungsfall beschränkt.

XI. Datenverarbeitung

Es gelten die beigeschlossenen Hinweise zur Datenverarbeitung.

XII. Anwaltliche Verschwiegenheit

Die Rechtsanwälte der Kanzlei sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dies gilt auch nach Beendigung des Mandats. Ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung liegt nicht vor, soweit Gesetz und Recht eine Ausnahme fordern und zulassen oder wenn die Berufsordnung der Rechtsanwälte (BORA) ein Verhalten gestattet (§ 2 Abs. 3 BORA).

Die Kanzlei verpflichtet alle Mitarbeiter schriftlich zur Verschwiegenheit. Dies gilt auch dann, wenn die Mitarbeiter nicht im Mandat, sondern in sonstiger Weise für ihn tätig sind.

XIII. Widerrufsrecht für Verbraucher bei Fernabsatzverträgen

Wird der Anwaltsvertrag mit einem Verbraucher unter ausschließlicher Verwendung eines Fernkommunikationsmittels abgeschlossen, steht dem Verbraucher ein Widerrufsrecht zu, es sei denn, dass der Vertragsschluss nicht im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems erfolgt (sog. Fernabsatzvertrag, § 312b Abs. 1 BGB). Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

XIV. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

WIDERRUFSBELEHRUNG

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Stader Rechtsanwälte GbR, Oskar-Jäger-Str. 170, 50825 Köln, Telefonnummer: 0221 1680 650, Faxnummer: 0221 1680 6599, E-Mail: kanzlei@stader-law.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Besonderer Hinweis zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts

Das Widerrufsrecht erlischt bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen wurde, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Unternehmer verliert.

MUSTER-WIDERRUFSFORMULAR

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück an:

Stader Rechtsanwälte GbR

Oskar-Jäger-Str. 170

50825 Köln

Tel: 0221 1680 650

Fax: 0221 1680 6599

E-Mail: kanzlei@stader-law.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung
(*)

.....
.....
.....
.....

Dienstleistung bestellt am:

.....

Name des/der Verbraucher(s):

.....

Anschrift des/der Verbraucher(s):

.....

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

HINWEISE ZUR DATENVERARBEITUNG

I. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:

Stader Rechtsanwälte GbR (im Folgenden: Kanzlei)
Oskar-Jäger-Str. 170, 50825 Köln

E-Mail: kanzlei@stader-law.de

Tel: +49 (0)221 1680 650

Fax: +49 (0)221 1680 6599

II. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

III. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

IV. Besondere Hinweise zur Nutzung der WebAkte®

Sie haben die Möglichkeit, über die WebAkte® mit uns in Verbindung zu treten. In diesen Fällen binden wir die e.Consult AG als Dienstleister in den Kommunikationsprozess ein, um eine SSL- bzw. TLS- verschlüsselte Übertragung zu gewährleisten. Die verschlüsselte Verbindung erkennen Sie in der Adresszeile des Browsers an der Bezeichnung "https://" und dem Schloss-Symbol. In diesem Fall können die Daten, die Sie an uns übermitteln, nicht von Unbefugten mitgelesen werden. Mit e.Consult AG haben wir einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung und eine Vereinbarung zur beruflichen Verschwiegenheit abgeschlossen.

Die Datenverarbeitung mittels der WebAkte® erfolgt nur, wenn Sie zuvor ausdrücklich in diese Form der Datenverarbeitung eingewilligt haben.

V. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;

- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und

- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

V. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an kanzlei@stader-law.de.